



Baugewerbe fordert Beibehaltung der Zeitumstellung!

ZDB-Positionen zur Beibehaltung der Zeitumstellung

Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes fordert das jetzige System der Zeitumstellung zu behalten. Der Vorschlag von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, die Regelung der Zeitumstellung den Mitgliedstaaten zu überlassen, birgt die Gefahr eines Flickenteppichs unterschiedlicher Zeitzonen in Europa. Es ist heute schon erkennbar, dass die Mitgliedstaaten zu völlig verschiedenen Ergebnissen kommen werden. So liebäugeln Dänemark und die Niederlande beispielsweise mit der dauerhaften Winterzeit, Polen dagegen mit der dauerhaften Sommerzeit. Auch in Deutschland ist die Situation nicht eindeutig. Zwar ist eine Mehrheit für die Beibehaltung der Sommerzeit, hat sich aber mitten im Hochsommer dazu geäußert. Ein Durcheinander von Zeitzonen gefährdet die reibungslose Funktionsfähigkeit des Europäischen Binnenmarktes. Darüber hinaus würde eine Beibehaltung der Sommerzeit, vor allem in den Wintermonaten zu einer Verschiebung des Arbeitsbeginns führen, da es insbesondere in den westlichen Bundesländern erst nach 9 Uhr morgens hell wird.

Für die Bauunternehmen hat die dauerhafte Sommerzeit zur Folge, dass die Baustellen beleuchtet werden und die Beschäftigten abends länger arbeiten müssen. Darüber hinaus werden Unternehmen mit Kosten verbundene Sicherheitsmaßnahmen ergreifen müssen um einem gesteigerten Risiko von Arbeitsunfällen bei länger anhaltender Dunkelheit entgegenzuwirken.

Europa und die Zeitumstellung

Sommerzeitregelungen auf EU-Ebene bestehen seit den 1980er Jahren, sie unterliegen den Bestimmungen der Richtlinie 2000/84/EG. Die Richtlinie schreibt vor, dass die Mitgliedstaaten am letzten Sonntag im März auf Sommerzeit umstellen und am letzten Sonntag im Oktober wieder zur Winterzeit zurückkehren. Ziel der EU-Rechtsvorschrift zur Sommerzeit war es, die bestehenden unterschiedlichen nationalen Sommerzeitregelungen zu vereinheitlichen und dadurch im Binnenmarkt ein harmonisiertes Vorgehen bei der Zeitumstellung zu gewährleisten.

Als Reaktion auf politische Forderungen nach einer Abschaffung der Zeitumstellung veröffentlichte die Europäische Kommission am 4. Juli 2018 eine Konsultation zur Überprüfung und Bewertung der Sommerzeitregelung. Von den rund 4,6 Millionen Teilnehmern der Konsultation sprachen sich 84% der Befragten für eine Abschaffung der Zeitumstellung aus. Rund Zweidrittel der Antworten kamen dabei aus Deutschland.

Die Kommission legte daraufhin am 14. September 2018 einen Vorschlag für ein Ende der Zeitumstellung vor (COM (2018) 639 final). Der Kommissionsvorschlag unter Federführung der zuständigen EU-Kommissarin für Verkehr, Violeta Bulc, sieht vor, die jahreszeitlich bedingte Zeitumstellung zu beenden und es den Mitgliedstaaten zu überlassen, ob sie dauerhaft Sommer- oder Winterzeit anwenden wollen. Der Vorschlag der Kommission sieht darüber hinaus ein Ende der Zeitumstellung bereits für 2020 vor.

Zurzeit wird der Vorschlag der Europäischen Kommission zwischen Rat und Europäischen Parlament im Gesetzgebungsverfahren verhandelt. Zuständige Berichterstatterin im federführenden Verkehrsausschuss ist die schwedische Abgeordnete Ulvskog Marita (S&D). Nachdem der Ausschuss den Bericht am 4. März 2019 bereits mehrheitlich mit 23 zu 11 Stimmen angenommen hatte, stimmte auch das Plenum des Europäischen Parlaments am 4. März 2019 mit großer Mehrheit für ein Ende der Zeitumstellung. Das Parlament einigte sich dabei, anders als von der Kommission vorgeschlagen, auf das Ende der Zeitumstellung erst ab Oktober 2021 um den Mitgliedstaaten ausreichend Zeit zur Vorbereitung und Koordination zu geben.

Auf Ratsebene gibt es zwischen den Mitgliedstaaten noch keine gemeinsame Position. Mit einer Fortführung der Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission ist erst in der kommenden Legislaturperiode zu rechnen.